

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

1. Schreiben des Amtes der NÖ Landesregierung vom 17. Mai 2017, mit dem eine EntschlieÙung betreffend weitere Maßnahmen im Asylbereich und Halbierung der Flüchtlings-Obergrenze vorgelegt wird.
2. Schreiben des Amtes der NÖ Landesregierung vom 31. Mai 2017, mit dem eine EntschlieÙung vom 27. April 2017 betreffend eine gesetzliche Verankerung eines Schülerparlaments auf Landes- und Bundesebene vorgelegt wird.
3. Schreiben des Amtes der NÖ Landesregierung vom 31. Mai 2017, mit dem eine EntschlieÙung vom 27. April 2017 betreffend digitale Kompetenz in den NÖ Klassenzimmern vorgelegt wird.
4. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 26. Mai 2017, mit dem ein Beschluss vom 18. Mai 2017 betreffend die Beendigung der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vorgelegt wird.
5. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 26. Mai 2017, mit dem ein Beschluss vom 18. Mai 2017 betreffend die Reform Familienlastenausgleichsfonds vorgelegt wird.
6. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 26. Mai 2017, mit dem ein Beschluss vom 18. Mai 2017 betreffend die Verbesserung der geänderten Kriterien für die Absetzbarkeit der Kosten für Kinderbetreuungspersonen vorgelegt wird.
7. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 26. Mai 2017, mit dem ein Beschluss vom 18. Mai 2017 betreffend die Reduktion von Kunststofftragetaschen vorgelegt wird.
8. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 26. Mai 2017, mit dem ein Beschluss vom 18. Mai 2017 betreffend die Personalausstattung der Polizei angesichts der neuen Herausforderungen im Arbeitsprogramm der Bundesregierung vorgelegt wird.
9. Schreiben der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vom 1. Juni 2017, mit dem ein offener Brief betreffend "Appell zur Umsetzung der Forschungsmilliarde und Universitätsfinanzierung-neu" vorgelegt wird.
10. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 6. Juni 2017, mit dem ein Beschluss betreffend "OPCAT-Kontrollen durch die Volksanwaltschaft" vorgelegt wird.

11. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 6. Juni 2017, mit dem ein Beschluss betreffend mehrjähriger Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 vorgelegt wird.
12. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 6. Juni 2017, mit dem ein Beschluss betreffend Bundesvergabegesetz 2017 vorgelegt wird.
13. Schreiben der Landwirtschaftskammer Salzburg vom 30. Mai 2017, mit dem ein Beschluss betreffend Ökostromnovelle vorgelegt wird.
14. Schreiben des Österreichischen Städtebundes vom Juni 2017, mit dem eine Resolution vom 18. Mai 2017 betreffend "Stadt neu denken - Digitalisierung meistern" vorgelegt wird.
15. Schreiben der AK Kärnten vom 6. Juni 2017, mit dem Resolutionen und Anträge der Vollversammlung vom 1. Juni 2017 vorgelegt werden.
16. Schreiben von 3 Gemeinden (Biedermannsdorf, Mistelbach, Amaliendorf), mit denen Resolutionen betreffend "Klares Nein zur Errichtung eines tschechischen Atommüllendlagers in Grenznähe" vorgelegt werden.
17. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 8. Juni 2017, mit dem eine EntschlieÙung vom 27. April 2017 betreffend Erhalt des Österreichischen Rettungswesens vorgelegt wird.
18. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 8. Juni 2017, mit dem eine EntschlieÙung vom 27. April 2017 betreffend Maßnahmen zur Beschleunigung von Bewilligungsverfahren überregional bedeutsamer Infrastruktur-Projekte vorgelegt wird.
19. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 13. Juni 2017, mit dem eine EntschlieÙung vom 7. Juni 2017 betreffend Stimmrecht für Pensionisten in den Organen der Selbstverwaltung im Bereich der Krankenversicherung vorgelegt wird.
20. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 16. Juni 2017, mit dem ein Beschluss vom 31. Mai 2017 betreffend die Anerkennung des Führerscheincodes 111 in Deutschland vorgelegt wird.
21. Schreiben der AK Tirol vom 9. Juni 2017, mit dem Anträge der 171. Vollversammlung vom 12. Mai 2017 vorgelegt werden.
22. E 203-NR/XXV.GP vom 7. Juni 2017 betreffend freiwillige Informationen über Lebensmittel hinsichtlich der Eignung für Vegetarierinnen und Vegetarier oder Veganerinnen und Veganer gemäß der EU-Lebensmittelinformationsverordnung (Wortlaut siehe Beilage).
23. E 204-NR/XXV.GP vom 7. Juni 2017 betreffend IS, systematische Massenmorde an religiösen und ethnischen Minderheiten (Wortlaut siehe Beilage).

24. E 205-NR/XXV.GP vom 7. Juni 2017 betreffend Reform des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (Wortlaut siehe Beilage).
25. E 206-NR/XXV.GP vom 7. Juni 2017 betreffend Darstellung von Menschen mit Behinderung in den Medien (Wortlaut siehe Beilage).
26. E 207-NR/XXV.GP vom 7. Juni 2017 betreffend Vertretung der Menschen mit Behinderung im ORF-Publikumsrat (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 7. Juni 2017

betreffend freiwillige Informationen über Lebensmittel hinsichtlich der Eignung für Vegetarierinnen und Vegetarier oder Veganerinnen und Veganer gemäß der EU-Lebensmittelinformationsverordnung

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen, wird ersucht, sich auf EU-Ebene, in den diesbezüglichen Arbeitsgruppen, für eine rasche Festlegung der Kriterien für die Begriffe „vegetarisch“ und „vegan“ einzusetzen und bei der Europäischen Kommission darauf hinzuwirken, die entsprechenden Durchführungsrechtsakte ehestmöglich zu erlassen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 7. Juni 2017

betreffend IS, systematische Massenmorde an religiösen und ethnischen Minderheiten

Der Nationalrat unterstützt die gemeinsame, einstimmig angenommene EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 4.2.2016. In diesem Zusammenhang soll:

- an den UN-Sicherheitsrat appelliert werden, die Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen des sogenannten Islamischen Staates gegen Christen, Jesiden und viele andere religiöse und ethnische Minderheiten als Völkermord zu verurteilen,
- die gerichtliche Verfolgung dieser Verbrechen gefordert sowie der Irak und Syrien aufgefordert werden, sich dem Internationalen Strafgerichtshof zu unterwerfen,
- an die beschlossenen Sanktionen und deren Einhaltung erinnert werden, an das Verbot von Waffenlieferungen oder der finanziellen Unterstützung durch den Erdölhandel,
- die Zerstörung kultureller und religiöser Stätten und der Handel mit Kulturgütern verurteilt werden,
- die Mitgliedstaaten der EU aufgefordert werden, Maßnahmen gegen Radikalisierung zu treffen,
- humanitäre Korridore und, soferne möglich, als eine mögliche Reaktion Schutzzone gefordert werden, die von den Vereinten Nationen gesichert werden sollen, und die Staatengemeinschaft aufgefordert wird, den vor dem IS-Terror Flüchtenden Sicherheit und Zukunftsaussichten zu bieten,

und ersucht die Bundesregierung, sich bilateral, auf europäischer und auf internationaler Ebene für eine effektive Umsetzung dieser Anliegen einzusetzen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 7. Juni 2017

betreffend Reform des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Mitarbeit an der Reform des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte weiterhin darauf hinzuwirken, dass

- das Individualbeschwerderecht nicht durch neue Zugangsbeschränkungen oder neue Zulässigkeitsvoraussetzungen eingeschränkt wird,
- weitere Änderungen des Konventionssystems von Fortschritten bei der Umsetzung der bereits beschlossenen Maßnahmen abhängig gemacht werden,
- die Umsetzung der EMRK und der EGMR-Urteile durch die EMRK-Staaten, einschließlich Österreich, laufend verbessert wird, und
- die Unabhängigkeit und Autorität des EGMR nicht in Frage gestellt wird.

Entschließung

des Nationalrates vom 7. Juni 2017

betreffend Darstellung von Menschen mit Behinderung in den Medien

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Mitarbeit am „Nationalen Aktionsplan“ weiterhin darauf hinzuwirken, dass

- die Maßnahmen des Nationalen Aktionsplanes umgesetzt werden;
- Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlung „Darstellung von Menschen mit Behinderung in den Medien“ unterstützt und auch künftig evaluiert werden;
- die Bundesregierung in ihrem eigenen Wirkungsbereich besonders Augenmerk auf die Darstellung von Menschen mit Behinderung in den Medien legt.

Entschließung

des Nationalrates vom 7. Juni 2017

betreffend Vertretung der Menschen mit Behinderung im ORF-Publikumsrat

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf zuzuleiten, der in § 28 Abs. 4 des ORF-Gesetzes im Publikumsrat die verpflichtende Bestellung eines selbst behinderten Vertreters/einer selbst behinderten Vertreterin für den Bereich Menschen mit Behinderung vorsieht.